September 1998

Konferenz der Mathematischen Fachbereiche
Protokoll zur 23. Plenarversammlung

Datum:	23.05.1998	
Ort:	TU Dresden, Großer Senatssaal	
Beginn:	13 Uhr	Ende: 17.30 Uhr

Sitzungsleitung: Prof. Dr. J. Terno (TU Dresden)
Protokoll: Dr. J. Jakob (TU Dresden)

Anwesende:

Sprecher und Beirat:

Sprecher:	J.Terno (TU Dresden)
Stellvertr. Sprecher:	W. Weil (U Karlsruhe)
Beirat:	V. Enß (TH Aachen), E.-U. Gekeler (U Saarbrücken), J. Winkler (TU Berlin)

Vertreter der Hochschulen:

RWTH Aachen	V. Enß
U Augsburg	R. H.W. Hoppe
U Bayreuth	R. Laue
FU Berlin	S. Koppelberg
HU Berlin	J. Brüning
TU Berlin	J. Winkler
U Bochum	E. Böger
U Bonn	W. Raab
TU Braunschweig	J. Kreiß
U Bremen	E. Oeljeklaus
TU Chemnitz-Zwickau	E. Lanckau
TU Clausthal	W. Klotz
TU Darmstadt	H. Wegmann
U Dortmund	E. Becker
TU Dresden	J. Terno
U Düsseldorf	K. Janßen
U-GH Duisburg	G. Törner
U Erlangen-Nürnberg	H. Lange
U-GH Essen	N. Knocke
TU Bergakad. Freiberg	W. Mönch
U Freiburg	L. Rüschendorf
U Gießen	W. Stute

U Göttingen	S. Patterson
U Greifswald	A. Hemmerling
FernU-GH Hagen	A. Duma
U Halle-Wittenberg	W. Grecksch
U Hamburg	R. Hass
U Hannover	E. Mues
U Heidelberg	B. H. Matzat
TU Ilmenau	A. Hoffmann
U Jena	W. Linde
U Karlsruhe	W. Weil
U-GH Kassel	W. Blum
U Köln	H. Milbrodt
U Konstanz	R. Racke
U Leipzig	K.-D. Kürsten
U Magdeburg	N. Gaffke
U Mainz	K.-J. Scheiba
U Mannheim	H.-P. Butzmann
U Marburg	F. W. Knöller
TU München	K. Meyberg
U München	J. Batt
U Münster	N. Schmitz
U Oldenburg	H.-G. Quebbemann
U Osnabrück	H. Spindler
U-GH Paderborn	S. Hansen
U Potsdam	H. Klein
U Regensburg	E. Kunz
U Rostock	R. Strecker
U Saarbrücken	M. Grüter
U-GH Siegen	W. Hein
U Stuttgart	G. Blind
U Trier	P. Dierolf
U Ulm	W. Kratz
U-GH Wuppertal	H. Scheid

Gäste:

Prorektor Bildung der TU Dresden	W. Schmitz
DMV	N. Schmitz
GAMM	H. Schwetlick
GDM	W. Blum
HRK	B. Steiger
MNFT	G. Berg
MNU	J. Wulftange

Entschuldigt:

U Bielefeld, TU Cottbus, U Eichstätt, U Frankfurt, U Hildesheim, U Hohenheim, U Kaiserslautern, U Kiel, U Passau, U Tübingen, U Würzburg

Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Sprecher den Prorektor für Bildung der TU Dresden, Herrn Prof. Dr. W. Schmitz, und die anderen Gäste. Der Prorektor stellte die TU Dresden vor, verwies dabei insbesondere auf die dem Charakter einer Volluniversität entsprechenden neu eingerichteten Fakultäten und Studiengänge. Er hob besonders die Einführung von Bachelor-Studiengängen in technischen Fachrichtungen hervor, womit sich die TU auf ein für sie neues Areal begibt. Im weiteren erläuterte er in kurzen Zügen das entwickelte und sich in der Umsetzungsphase befindliche credit-point-System an der Universität. Mit diesem sind verbunden der Wunsch und die Hoffnung auf eine deutlichere Profilierung des Wissens und eine größere Flexibilität im curriculum der Studierenden. Der Prorektor verwies auch auf die seitens der Politik der TU auferlegten Sparzwänge sowohl im Haushalts- als auch im Personalbereich und die damit verbundenen Gefahren und Probleme, denen man sich aber stellen muß. Zum Abschluß wünschte er der Tagung einen erfolgreichen Verlauf.

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Genehmigung (Ergänzung) der Tagesordnung

Der Sprecher eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlußfähigkeit fest.
Die mit der Einladung verschickte Tagesordnung wurde um zwei TOP ergänzt (als TOP 10 und 11) und in der folgenden Form beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Genehmigung (Ergänzung) der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung 1997
3. Wahl zweier Kassenprüfer
4. Bericht des Sprechers
5. HRG
6. Bachelor-/Master-Abschlüsse
7. Credit-Points
8. Bewertungsmaßstäbe für Hauptprüfung und Diplom
9. Staatsexamensarbeiten
10. Zentralblatt
11. Elektronische Veröffentlichung von Dissertationen
12. Statistik über Studiendauer und Anfängerzahlen
13. Entwicklung in den Ländern (Berichte aus den Fachbereichen)
14. Kassenbericht und Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters
15. Verabschiedung von Resolutionen
16. Verschiedenes

Eine von Herrn Kürsten gewünschte Diskussion zur Regelstudienzeit wurde den TOP 4/5 zugeordnet.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung 1997

Herr Weil informierte über eine Korrektur in der Statistik (TOP 10), die auf eine Nachfrage von Essen zurückgeht und bat ferner die Teilnehmer, auf der Anwesenheitsliste die Namen P. Bender (U-GH Paderborn) und M. Grüter (U Saarbrücken) zu ergänzen. Mit diesen Ergänzungen wird das Protokoll bei 4 Enthaltungen und ohne Gegenstimme genehmigt.
Der Sprecher bat die Teilnehmer, auf der neuen Anwesenheitsliste ihre e-mail-Adressen mit anzugeben.

TOP 3: Wahl zweier Kassenprüfer

Vorgeschlagen wurden die Herren Matzat und Grecksch. Beide wurden per Akklamation gewählt und nahmen die Wahl an.

TOP 4: Bericht des Sprechers

In seinem Bericht nannte Herr Terno als Schwerpunkte seiner Arbeit im Berichtszeitraum: HRG, Bachelor-/Masterabschlüsse, Credit-Points, Regelstudienzeit und organisatorische Aufgaben. Sein Dank für Unterstützung gilt den Herren Weil, Winkler, Schmitz und Enß. Er hob die Rolle der KMathF als wichtiges Bindeglied und Diskussionforum der Universitäts- und Hochschulmathematiker hervor und ihre wesentliche einigende, orientierende, normierende Mitsprachefunktion und insbesondere Verantwortung im deutschen Bildungssystem, in Bezug z.B. auf Aufgaben und Inhalt der Universitätsmathematik, der ressourcemäßigen Voraussetzungen für eine solche Tätigkeit, auf Studienpläne, Abschlüsse, Studiendauer, die Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaften und der Praxis, der Mathematik und Schule. Daneben stehen die konkreten Sachzwänge der einzelnen Universitäten: Größe und Aufgaben der Fachbereiche, Einbettung in die Universitäten, Ausstattungsprobleme bei Personal, Finanzen usw., Studentenzahlen. Im Vorgriff auf die TOP 6 und 10 erwartete er eine Verabschiedung von entsprechenden Resolutionen auf dieser Tagung. Für sehr wesentlich hält er nach wie vor die gegenseitige Information über die aktuelle Situation in den Ländern. Aus seiner Teilnahme an der Vollversammlung der HRK und einer Beiratssitzung des MNFT heraus und der dort aufgeworfenen Probleme appellierte er an die Teilnehmer, die Diskussionen um Profilierung, Kooperation und Entwicklung auf allen Ebenen, insbes. aber auch innerhalb von Instituten und Lehrstühlen zu führen. Die grundlegende Bedeutung der Mathematik für die Entwicklung anderer Wissenschaften in Lehre und Forschung muß ständig angemahnt und nachgewiesen werden. In vielen Diskussionen werde auch der Bildungsauftrag der Universitäten übersehen. Unbefriedigend und unwahrhaftig ist der Zustand in den Studienordnungen in Bezug auf die Festsetzung der Regelstudienzeiten.

Herr Gekeler ergänzte als Mitglied der FK Mathematik hierzu, daß die Vorgaben für die Rahmenprüfungsordnung so restriktiv sind, daß z. Z. nichts erreicht werden kann. Es bleibt fraglich, ob eine Formulierung der Form „9 Semester Regelstudienzeit, 6 Monate Diplomarbeitszeit" mit einer *) -Bemerkung „das steht nicht im Einklang mit der Realität" unterzubringen sein wird. Aus Protest möchte er auch seine Mitarbeit in der Kommission reduzieren. Eine zufriedenstellende Formulierung sei aber bez. studienbegleitender Prüfungen (zur Erleichterung auch des Studienortwechsels) gefunden worden. Weiter festgeschrieben ist die Forderung nach Leistungsnachweisen für die Hauptprüfung (3 bis 5 Stück), mit einer Öffnungsklausel. Herr Weil verwies auf die vor Jahren von der Fachkommission der HRK entworfene Vorlage und auf die Aufgabe der Studienreformkommission der GemKo zur Überarbeitung der Prüfungsordnungen (s. a. Bericht 1997). Herr Schmitz machte deutlich, daß eine solche Formulierung angebracht werden muß, die klarstellt, daß die Forderung 9 Semester eine politische Vorgabe ist, die von den Mathematikern aus sachlichen Gründen aber nicht akzeptiert wird.

TOP 5: HRG

Den Teilnehmern lag eine Tischvorlage vor, die die - aus der Sicht des Sprechers - wesentlichen Veränderungen gegenüber dem bislang geltenden Recht zusammenfaßt. Zu befürchten ist, daß die Kriterien Leistung/Qualität in der Lehre eine Evaluierungswelle auslösen könnten. Es gab keine Anfragen bzw. weitere Diskussionen zu den TOP 4/5.

TOP 6: Bachelor-/Master-Abschlüsse

Den Teilnehmern lag eine Tischvorlage des Beirates zur Diskussion und Entschließung vor. Die Breite der Diskussion widerspiegelt die gegenwärtig vorherrschenden und z.T. kontroversen Meinungen, den unterschiedlichen Entwicklungsstand und die verschiedenen Festlegungen in den Einrichtungen des Hochschulwesens, seiner Administration und der Praxis. (Anm. zum Protokoll: Auf Grund der Vielfalt und Vielzahl von Meinungsäußerungen der Teilnehmer wird im Protokoll eine zusammenfassende Darstellung versucht und auf die Wiedergabe einzelner Diskussionsbeiträge und Namen von Rednern weitgehend verzichtet.)
So wurde vom Erlaß des Landes NRW (Eckdatenverordnung) berichtet: der Bachelor-Abschluß wird dort als berufsqualifizierend angesehen; Master und Diplom können aber nicht von derselben Hochschule vergeben werden, nach einem 5-Jahre-Probelauf ist eine klare Trennung/Entscheidung zwischen beiden Abschlüssen gefordert; aufbauend auf einem Bachelor-Abschluß soll ein weiterführendes Studium angeboten werden, so daß nach insges. 10 Semestern ein Master-Abschluß möglich wird. Bei anderen Einrichtungen (z.B. Stuttgart, Rostock, Paderborn) dagegen werden Diplom und Master als gleichwertig vergebbar behandelt. So steht die Frage nach der Abgrenzung Diplom-Master. Nach dem neuen HRG beträgt die Regelstudienzeit Diplom 9 Semester, während für den Master 10 Semester genutzt werden können. Aus der Diskussion kam die Forderung, daß zum Master die zusätzlichen Leistungen angegeben werden sollten, die erbracht werden müssen, um das Diplom zu erreichen. Die Frage, ob mit dem Bachelor-Abschluß die Mathematik kompetent, sachkundig und wirksam nach außen vertreten wird, bleibt offen und damit auch das Prädikat berufsqualifizierend, welches nicht hinreichend definiert ist. Befürworter eines Bachelors argumentieren insbesondere auch mit der Zahl der vorzeitigen Studienabbrecher (z.B. Rostock, Freiburg), wobei aber keine einheitliche Auffassung über den vorwiegenden Abbruchzeitpunkt (vor Vordiplom oder zu Beginn des Hauptstudiums) besteht. Eingeführt oder konzipiert (und in den Ministerien zur Genehmigung vorliegend) wurden (soweit bekannt) Bachelor-Studiengänge u.a. in Jena, Darmstadt (auslandsorientierter Studiengang mit Ausstieg Bachelor nach drei Jahren), Freiburg, München (Bachelor nach 6 Semestern, darauf aufbauend Master). In der Diskussion wurde genau so stark der Standpunkt vertreten, daß die Industrie Bachelorabsolventen benötigt (z. B. München), als auch der gegenteilige, zumal (z. Z. jedenfalls) keine konkreten Bedarfszahlen bekannt sind. Mehrfach wurde andererseits der Wert eines Diplomabschlusses hervorgehoben, durch den das Berufsbild des Mathematikers charakterisiert wird, und daß es zu einer Entwertung des Diploms durch einen berufsqualifizierenden Bachelor-Abschluß kommen könnte. Ein Zeichen für den Bedarf an Absolventen mit dem Bachelorgrad müßte auch der öffentliche Dienst mit der Schaffung von entsprechenden Stellen setzen. Das ist bis jetzt aber nicht der Fall. Essen hatte einen praxisorientierten Studiengang (6 Semester plus Praxissemester) entwickelt, bei dem ein Beirat mit Industrievertretern konkrete Wünsche zum Studieninhalt benennt. Andererseits wurde mehrfach auf das Ziel der Gewinnung von ausländischen Studierenden und der Durchlässigkeit der verschiedenen Studiengänge verwiesen und die internationale

Vergleichbarkeit/Anerkennung der Abschlüsse betont. Dabei wurde auch - und als unbedingt notwendig und von großem Vorteil angesehen - die mit der Einführung eines Bachelorstudienganges verbundene erforderliche Modularisierung der Mathematikstudieninhalte des Diplomstudienganges hervorgehoben, was auch dann notwendig wird, wenn der Bachelor ein völlig autarker Studiengang mit eigenem Profil (eigenen Lehrveranstaltungen im Grundstudium) ist, was seitens der Politik i. d. R. gefordert wird. Offen ist noch bei allen Diskussionen die Förderungsdauer (Bafög). Konsens besteht bei den Teilnehmern darin, daß diese Förderung unbedingt bis zu einem Diplom- oder Masterabschluß gehen muß und nicht etwa mit einem berufsqualifizierenden Bachelorabschluß enden darf. Nicht diskutiert wurde das Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten bez. der Bachelor- und Master-Abschlüsse. Seitens des Beirates (Herr Weil) wurde eindringlich darauf verwiesen, daß es höchste Zeit sei, daß die KMathF Stellung bezieht, will sie nicht von den Ereignissen/der Politik (HRG) überrollt werden. Die vorgelegte Resolution sei der Versuch der Findung eines kleinsten gemeinsamen Nenners. Es zeichnet sich die Gefahr des Entstehens vieler nicht kompatibler Studiengänge ab. Aus dem MNFT (Herr Berg) wurde über einen Konsens berichtet: die Universitäten sollen keine FH-Studiengänge einrichten, sondern „wissenschaftliche" Studiengänge anbieten; der Abschluß Bachelor soll nach 6/7 Semestern mit der Option auf eine nahtlos anschließbare Qualifizierung zum Diplom oder Master (kein Unterschied) möglich sein; das „berufsqualifizierend" beim Bachelor-Abschluß sollte nicht in den Vordergrund gestellt werden - darüber entscheidet die Praxis; durch die erforderliche Modularisierung wird der Studierende im Studium unterstützt, es ergeben sich günstige Wechselmöglichkeiten. Die vom Beirat vorgelegte Resolution wurde auf Grund der konträren Diskussion und der bereits erfolgten Entwicklung in einzelnen Universitäten/Fachbereichen nicht zur Abstimmung gebracht. Jedoch einigte man sich auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe (Mitglieder: Weil, Linde, Enß und ein noch zu benennender Vertreter aus München) zur Entwicklung eines Musterstudienplanes für den Bachelor.

TOP 7: Credit Points

Den Teilnehmern lag ein Diskussions- und Entschließungsentwurf als Tischvorlage vor. Ein Kreditpunktesystem gibt es gegenwärtig schon in Kaiserslautern, Jena und Dresden. Die Mehrzahl der Fachbereiche sieht in dieser Frage z. Z. nur die Nützlichkeit zur Unterstützung des internationalen Austausches von Studierenden im Rahmen des ECTS. Herr Weil verwies aber auf die Forderungen des neuen HRG, womit ein Kreditpunktesystem auch für den innerdeutschen Austausch benötigt wird. Es wurde jedoch von mehreren Seiten betont (verlangt), das Punktsystem nicht so sehr zu vereinzeln oder überzubetonen. In diesem Sinne wird auch eine pauschale Bewertung des Vordiploms vorgeschlagen. Seitens der DMV (Herr Schmitz) wird kein Vorschlag für ein Punktsystem kommen. Prüfungsordnungen und ihre Umsetzungen haben Vorrang. Dies wurde von Herrn Enß bekräftigt, credit-points seien nur im Verein mit einer Note vergebbar, wie es z.B. bei SOKRATES zwingend vorgeschrieben ist. Es soll nicht so sein, daß eine Leistung nur durch den Punkteumfang widergespiegelt wird. Herr Weil und Herr Schmitz betonten wiederholt, daß die Entschließung eine Grundlage für den Transfer von Studienleistungen - nicht Prüfungsleistungen - darstelle, und das vor allem für ausländische Studierende. Eine Honorierung von Prüfungsleistungen setze die Modularisierung des Studium voraus. Die Diskussion zum vorliegenden Text des Entwurfes brachte eine - durch Mehrheitsentscheid (24 für, 21 gegen) herbeigeführte - Änderung des ersten und zweiten Satzes und die Streichung des letzten Satzes. Bei 2 Enthaltungen und ohne Gegenstimme beschloß die Konferenz sodann die folgende Resolution:

Die KMathF strebt für den Austausch von Studierenden mit dem Ausland die Einführung eines möglichst einheitlichen Credit Point Systems an. Als einheitliche Punktzahl pro Semester wird die Zahl von 30 Punkten festgesetzt. Das mit dem Vordiplom abgeschlossene Grundstudium sollte mit 120 Punkten bewertet werden.

Die KMathF vertritt die Meinung, daß die Vergabe von Punkten für die Absolvierung einer Lehrveranstaltung an einen Leistungsnachweis gekoppelt wird.

Folgende Bewertung wird empfohlen:

1 Vorlesungsstunde = 2 CP
1 Übungsstunde = 1 CP
1 Proseminarstunde = 2 CP
1 Seminarstunde = 3 CP

- *Zur Bestätigung einer erbrachten Leistung wird die folgende Form vorgeschlagen: Titel der Lehrveranstaltung, Semesterwochenstundenzahl, Anzahl der Credit Points, ggf. Prädikat.*

TOP 8: Bewertungsmaßstäbe für Hauptprüfung und Diplom

Auf Antrag des Beirats des MNFT wurde die Frage diskutiert, ob durch die bisherigen Angaben auf dem Diplomzeugnis eine hinreichende Differenzierung - insbesondere im Interesse der leistungsstärkeren Studierenden - gegeben ist, oder ob z.B. durch Angabe von Durchschnittsnoten der letzten drei Jahre oder der Anzahl der Noten 1, 2, 3, ..., der Gebiete und der Prüfer mehr erreicht werden kann. Der Beirat äußerte seine Meinung hierzu in der Tischvorlage, die von Herrn Enß begründet wurde. In der Diskussion verwiesen verschiedene Redner auf teilweise recht krasse Unterschiede in der Gestaltung der Zeugnisse (Angabe der Fächer/Prüfer) und der Notengebung (sogar innerhalb eines Fachbereiches), andererseits wurde aber Verständnis dafür aufgebracht, daß es u. U. auch im Interesse der Studierenden und evtl. von Personalchefs ist, wenn die Zeugnisse eine stärkere Differenzierung erlauben. Herr Weil sieht deutliche Schwierigkeiten für eine Verwirklichung des Wunsches nach einheitlicher Gestaltung, das müssen die Fachbereiche selbst entscheiden. Auch schreiben z.B. gewisse Prüfungsordnungen zwingend die Struktur der Noten vor (z.B. ganzzahlig). Die Angabe der Gebiete könnte sogar hinderlich bei einer Bewerbung sein (Herr Winkler). Man sollte dem Absolventen lieber ein separates „Blatt" mitgeben mit (evtl. ausgewählten) weiteren Noten (was z. T. auch schon praktiziert wird).
Per Akklamation wurde der Beschluß gemäß Tischvorlage verabschiedet:
Die KMathF sieht in den derzeitigen Notenangaben/Prädikaten auf den Abschlußzeugnissen für Mathematik-Absolventen eine ausreichende Leistungscharakterisierung. Sie sieht derzeit keine Notwendigkeit, durch Angabe weiterer Parameter einer vermeintlichen mangelnden Differenzierung entgegen zu wirken.

TOP 9: Staatsexamensarbeiten

Herr Racke fragte nach der Abgrenzung/Durchlässigkeit zwischen Staatsexamens- und Diplomarbeiten. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer sieht eine deutliche Trennung zwischen beiden bez. Inhalt und Form, nur wenige Einrichtungen plädieren für Durchlässigkeit. Ein Unterschied wird auch schon durch die unterschiedlichen Bearbeitungszeiten deutlich

(6 Monate Diplom, 3 bis 4 Monate Staatsexamen - festgeschrieben durch Ministerien, die Realität sieht aber bekanntlich anders aus).

TOP 10: Zentralblatt

Herr Winkler berichtete von einer Evaluierung des Zentralblattes durch das BMBF zwecks Privatisierung und von einem Brief des Personalrates an den Sprecher. Zur Diskussion stehen aber nur das Zentralblatt und die Datenbank. Mehrere Redner sprechen sich angesichts der zunehmenden Reduzierung von Bibliotheksmitteln (und den damit erzwungenen Kündigungen von Zeitschriftenabonnements) für den unbedingten Erhalt des Zentralblattes und der Datenbank in der jetzigen Organisationsform aus und hoffen, daß diese weiterhin möglichst billig zur Verfügung stehen. Mit großer Mehrheit (3 Enthaltungen, 0 Gegenstimmen) brachte die KMathF ihre Sorge in Form der Stellungnahme gemäß Vorlage zum Ausdruck. Diese Stellungnahme soll u.a. dem Fachinformationszentrum und dem BMBF zugeleitet werden.

TOP 11: Elektronische Veröffentlichung von Dissertationen

Herr Törner begründete seinen Antrag (s. Tischvorlage) und verweist dabei nochmals auf die Probleme der Deutschen Bibliothek bei der Archivierung von Dissertationen auf Grund der (zunehmenden) Anzahl sowie auf die laufenden Vorbereitungen für eine elektronische Archivierung im Rahmen des DFG-Projektes Dissertationen Online. Das DFG-Projekt zielt auf ein konzertiertes Vorgehen der Mathematik, Physik, Chemie und Informatik. In Absprache zwischen Bibliotheken/Fachbereichen sollten mittelfristig elektronisch publizierte Informationen (Metadaten) über Dissertationen oder Veröffentlichungen auf diesem Wege zugelassen werden. Dies sollte bei anstehenden Änderungen von Promotionsordnungen beachtet werden, eine Verbreitung von Dissertationen über das Netz sollte - in Absprache mit den Fachbereichen - akzeptiert werden. Die Einreichungs- und Anerkennungsprozedur bleibt davon zunächst vollständig unberührt. Hier tragen die einzelnen Fakultäten die Entscheidung und Verantwortung. Mit dem vorliegenden Beschluß wird es möglich, sich in das Projekt rechtzeitig einzubringen und gestaltend mitzuwirken. So könnte auch die Frage nach der Verweildauer einer Dissertation (und damit dem Zugriff) im Netz und das Problem der Abspeicherung in der Deutschen Bibliothek wesentlich mitentschieden werden. Vom Sprecher wurde die Vorlage nachdrücklich unterstützt. Die Abstimmung ergab die Annahme des Textes bei 1 Gegenstimme und 12 Enthaltungen.

TOP 12: Statistik über Studiendauer und Anfängerzahlen

Auf Nachfrage des Sprechers zu einigen hohen Anfängerzahlen verwiesen die Vertreter dieser Einrichtungen auf verschiedene Gründe: „Sicherheitseinschreibung", Erwerb des Semestertickets, Mathematik ist (einziges) nc-freies Fach. Es wurden kleinere Korrekturen bzw. Ergänzungen vorgenommen: Anfängerzahlen 1997 bei Dortmund 47 bzw. 75, Göttingen 59 bzw. 54, Konstanz 37 bzw. 29, *) bei Heidelberg; Studiendauer Essen 11 (13) bzw. 11 (27). Diese und weitere Korrekturen werden in die Statistik zur nächsten Vollversammlung eingearbeitet. Angeregt wird die künftige Abfrage nach den Lehramtszahlen (auf den Formularen soll ein entsprechendes Feld eingerichtet werden). Teilweise wurden in den Meldungen diese Zahlen schon mit genannt.

TOP 13: Entwicklung in den Ländern (Berichte aus den Fachbereichen)

Ergänzend zu den vorliegenden Länderberichten wurde mitgeteilt:

- In Baden-Würtenberg können sich Promovenden nicht mehr als Studierende immatrikulieren lassen (neues Landeshochschulgesetz). Ein ähnlicher Versuch ist in Bayern gescheitert.
- Aachen berichtet von einer Steuerprüfung: Dabei wurde bekannt, daß bei ausländischen Gästen von deren Honorar 16% Mehrwertsteuer abzuführen ist, es sei denn, der Gast erkärt, daß er keine ,,Vortragstätigkeit aus Erwerbsgründen" macht. Diese Umsatzsteuerregelung gilt für alle Gelder, die ins Ausland gehen, also auch bei reinen Kostenerstattungen.
- Herr Becker beklagt die enormen Einsparungen in NRW, auch im Bereich der Bibliothek; ein durch die Studentenproteste erzielter Zuschlag (17 Mill. DM) wird zum Aufbau einer digitalen Bibliothek genutzt.
  (Von Bibliothekseinsparungen sind weitere Einrichtungen betroffen.)
- Aus Berlin wird ein starker Abbau von Professorenstellen gemeldet (als Ergebnis einer Evaluierung mit entsprechender Strukturempfehlung); teilweise entfallen dadurch ganze Gebiete (z.B. Stochastik, Logik)
- Es gibt Versuche, daß Ingenieurbereiche die Mathematikausbildung ihrer Studierenden selbst übernehmen (Hagen, Jena)

TOP 14: Kassenbericht und Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters

Der Sprecher verweist auf einige Ausgabenposten, insbesondere bei den Reisekosten. Der Kassenbericht für den Zeitraum vom 16.4.97 bis 13.5.98 lag als Tischvorlage vor. Er weist Einnahmen (Haben) von insgesamt 3300 DM aus und Ausgaben von insgesamt 2177.33 DM, somit einen verbleibenden Rest von 1122.57 DM. Herr Grecksch berichtet für die Kassenprüfer, daß keine Beanstandungen vorliegen und schlägt die Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters vor. Dem stimmt das Gremium (bei 2 Enthaltungen, keiner Gegenstimme) zu.

TOP 15: Verabschiedung von Resolutionen

Entfällt.

TOP 16: Verschiedenes

- Herr Linde wirbt für ein Graduiertenkolleg.
- Herr Blum verweist auf die bevorstehende Veröffentlichung der TIMSS
- Es wurde von mehreren Seiten auf die (gegenwärtig?) guten Berufschancen für Mathematiker verwiesen. (Man vergleiche dazu die Ausführungen von Herrn Bröcker. (s. Vorlage)). Dies ist aber (z. Z.) nicht durch verläßliches Zahlenmaterial belegbar, solches zu erhalten wird auch als schwierig angesehen. Es wird aber empfohlen, derartige Zahlen zu sammeln (evtl. mittels Nachfrage über Fragebögen/Absolvententreffen) und möglichst weit zu verbreiten.

Prof. Dr. J. Terno